

102/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 29.04.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heinzl, Beate Schasching
und Genossinnen

betreffend Verbesserung des nach wie vor unzureichenden Lärmschutzes an der A1 im Bereich
St. Pölten

Durch die ständig steigende Verkehrs- und Lärmbelastung auf der A1 wurde die Situation der Anrainer im Bereich St. Polten mittlerweile unerträglich.

Der niederösterreichische Verkehrsreferent, Landeshauptmann Pröll, der sich laut Infrastrukturminister Schmid im Frühjahr 2000 seine Verbesserungsvorschläge für die Infrastruktur in Niederösterreich „in die Haare schmieren“ könne, hat die Entscheidung zum Baustopp der Güterzugumfahrung und damit die Verhinderung von Lärmschutzmaßnahmen an der A1 offensichtlich passiv zur Kenntnis genommen, da er auch mit der Nachfolgerin von BM Schmid, BM Forstinger, in dieser Angelegenheit laut Anfragebeantwortung 03746/AB der XXI. GP vom 17.6.2002 bis zu diesem Zeitpunkt nie Kontakt aufgenommen hat.

Wollte die damals hauptverantwortliche Verkehrsministerin BM Forstinger ursprünglich die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen entlang der A1 erst im Zuge des Weiterbaues der GZU St. Pölten errichten lassen, so konnten die wütenden Proteste der Anrainer, entschlossenes Auftreten der politisch Verantwortlichen der NÖ Landeshauptstadt und nicht zuletzt die schweren Verluste der FPÖ bei den Gemeinderatswahlen in St. Polten sie vom Gegenteil überzeugen.

Der von BM Forstinger versprochene Lärmschutz wurde aber schließlich unverständlichweise nur südseitig der A1 umgesetzt. Nördlich der Autobahn wurde von Osten her nur bis zur Stadtsportanlage eine Lärmschutzwand errichtet. Weiter nach Westen, also zwischen Stadtsportanlage und Pummersdorf wurde zwar der lärmämpfende Bewuchs entfernt, aber keine Lärmschutzwand errichtet. Die Bewohner nördlich der Autobahn sind jetzt von einer gestiegenen Lärmelastung durch die Entfernung des Bewuchses und durch die Schallreflexionen von der auf der gegenüberliegenden Straßenseite errichteten Lärmschutzwand betroffen.

Die FP/VP-Bundesregierung hat darüber hinaus die sofortige Einführung von Tempolimits zur Lärmverminderung, wie sie auf den Streckenabschnitten von Autobahnen in anderen Städten durchaus üblich sind, abgelehnt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher aus tiefer Sorge um die Lebensqualität der Bevölkerung von St. Pölten nachstehenden

Entschließungsantrag

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, die Schließung bestehender Lücken im Lärmschutz entlang der A1 im Bereich St. Pölten zu veranlassen sowie ein Tempolimit auf dem Streckenabschnitt der Westautobahn A1 im Stadtgebiet von St. Pölten zu verordnen.

Zuweisungsvorschlag: Verkehrsausschuss